

23.07.2018

Kleine Anfrage 1315

des Abgeordneten Christina Weng SPD

Was unternehmen die Wissenschaftsministerin Pfeiffer-Poensgen und der Gesundheitsminister Laumann, um es den Beschäftigten der Unikliniken zu ermöglichen, ihre Streiks zu beenden?

Die Streiks an den Unikliniken Düsseldorf und Essen gehen mit unverminderter Härte weiter. Am Uniklinikum Düsseldorf wird mittlerweile unbefristet gestreikt. Die Gewerkschaft ver.di fordert einen Entlastungstarifvertrag für das chronisch überbelastete Personal in den Kliniken. Dass für mehr Entlastung und nicht für mehr Gehalt gestreikt wird, spiegele die enorme Überbelastung wider, betonte ver.di-Chef Bsirske. Doch die Fronten zwischen den Verhandlungspartnern sind festgefahren, eine Einigung ist nicht in Sicht.

An der Düsseldorfer Uniklinik mussten die Patientenzahlen durch die Streiks von 1.000 auf 900 reduziert und rund zwei Drittel der Operationen verschoben werden, zudem wurde erstmals die Blutspendezentrale geschlossen. Auch am Essener Uniklinikum kommt es zu spürbaren Beeinträchtigungen. Doch nicht nur während der Streiks sind die Patientinnen und Patienten die Leidtragenden. Neben den berechtigten Arbeitnehmerinteressen der Beschäftigten geht es bei den Streiks in zunehmendem Maße auch um grundsätzliche Fragen einer ausreichenden Patientenversorgung.

Neben der Auseinandersetzung um Entlastung und mehr Personal im Krankenhaus wird im Uniklinikum Düsseldorf auch für einen Tarifvertrag für die beiden ausgegliederten Tochterunternehmen gestreikt. Die Uniklinik ist die einzige Gesellschafterin dieser Unternehmen, für deren Beschäftigte kein Tarifvertrag gilt. Dieser Streit zieht sich bereits über zwei Jahre – und das obwohl die schwarz-gelbe Landesregierung den Anspruch erhebt, den Status als Mitbestimmungsland Nr. 1 mit Tarifbindung in allen Betrieben und Unternehmen aufrecht zu erhalten.

Das Land NRW fördert die Universitätskliniken jährlich mit Millionenbeträgen, weil es sich Spitzenenergebnisse in Wissenschaft und Forschung und eine Spitzenmedizin für die Menschen in NRW wünscht. Außerdem entsendet die Landesregierung Mitglieder in die Aufsichtsräte der Kliniken. Die Aufsichtsratsmitglieder sind nach der Rechtslage für alle Angelegenheiten der Universitätskliniken zuständig.

Datum des Originals: 23.07.2018/Ausgegeben: 24.07.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche unterstützenden Maßnahmen und Initiativen plant die Landesregierung, um die Streiks zu einem raschen Ende zu bringen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Patientenversorgung in Nordrhein-Westfalen angesichts der Streiks?
3. Welche Maßnahmen und Initiativen plant die Landesregierung, um die generelle Situation in der Pflege – sowohl für die Beschäftigten als auch für die Patientinnen und Patienten – sicher zu machen und qualitativ zu verbessern?
4. Inwieweit werden die von der Landesregierung entsandten Aufsichtsratsmitglieder der Unikliniken in die interne Kommunikation und die personellen Belange der Kliniken eingebunden, um mögliche Bedarfe frühzeitig zu erkennen?
5. Inwieweit kommt die Landesregierung ihrer Aufsichtspflicht für die Unikliniken nach?

Christina Weng